



Sozialdemokratische Partei  
Basel-Stadt

## Medienmitteilung

Basel, 7. Dezember 2020

# Sozial- und Gesundheitspolitische Auswirkungen der Corona-Pandemie

**Die SP-Fraktion ist besorgt über die sozial- und gesundheitspolitischen Auswirkungen der Corona-Pandemie, welche die individuelle Ungleichheit sowohl sozioökonomisch wie auch psychosozial verstärken. Die SP-Fraktion fordert weitere abfedernde Massnahmen.**

Wie eine Studie von Sotomo im Auftrag der SRG zeigt, ist das Verhältnis zwischen Ausgabenkürzung und Einkommensverlust aufgrund der Corona-Krise innerhalb der Erwerbsbevölkerung sehr unterschiedlich. Es zeigt sich klar, dass Geringverdienende und Menschen mit atypischen und unregelmässigen Einkommen überproportional stark von Einkommensrückgängen betroffen sind.

Eine BASS-Studie im Auftrag vom BAG zeigt ebenfalls, dass die Corona-Pandemie unterschiedliche Auswirkungen auf die Bevölkerung hat – dies aus gesundheitlicher Perspektive. Sie gibt erste Hinweise darauf, dass Personengruppen mit Vorbelastungen (psychische Vorbelastungen, sozioökonomisch schwächere Personen oder Menschen mit Migrationshintergrund) stärker von den psychosozialen Auswirkungen betroffen sind.

Die SP-Fraktion hat für die Abfederung der negativen sozial- und gesundheitspolitischen Auswirkungen zwei Vorstösse eingereicht, welche einerseits den Regierungsrat um eine Auflistung der bereits ergriffenen Massnahmen bittet, wie auch den Regierungsrat auffordert weitere konkrete Massnahmen zu ergreifen. Die vollständigen Interpellationen finden Sie im Anhang.

*Für weitere Auskünfte stehen zur Verfügung:*

*Thomas Gander, Fraktionspräsident 078 865 10 82*

*Sarah Wyss, Vize-Fraktionspräsidentin 079 811 24 87*



## **Interpellation betreffend Folgen und Massnahmen der Corona-Krise für sozioökonomisch schwache Menschen und Familien**

Bereits vor der Corona-Krise waren in der Schweiz 660 000 Menschen von Armut betroffen. Die Krise hat die Armutssituation in der Schweiz weiter verschärft und vielerorts sichtbar gemacht. Das schreibt Caritas Schweiz in ihrem letzten Appel an Bund und Kantone vom 30.11.2020. In Krisensituationen geraten die Schwächsten einer Gesellschaft am stärksten unter die Räder. Das ist auch in der aktuellen Corona-Krise der Fall. Viele Haushalte, die auf Unterstützung angewiesen waren, befanden sich schon vor der Corona-Krise in einer schwierigen Situation. Auch Menschen mit atypischen und unregelmässigen Einkommen (z.B. Kulturschaffende) sind besonders betroffen.

Die von Bund und Kantone aufgegleisten Abfederungsmassnahmen für die Wirtschaft sollen die negativen Auswirkungen auf die Unternehmen lindern, um Entlassungen zu vermeiden und die Infrastruktur zu schützen. Diese Massnahmen zeigen Wirkung, die Nachhaltigkeit (z.B. nach Auslaufen der Kurzarbeit) ist aber noch ungewiss. Grössere Entlassungswellen sind beispielsweise bereits im Bereich der Gastronomie und Hotellerie erkennbar.

Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit bedeuten für sozioökonomisch schwache Menschen einen grossen Einnahmeverlust und die Möglichkeit Ausgaben zu tätigen wird zusätzlich eingeschränkt oder die finanziellen Engpässe nehmen stark zu. Wie eine Studie von Sotomo im Auftrag der SRG zeigt, ist das Verhältnis zwischen Ausgabenkürzung und Einkommensverlust aufgrund der Corona-Krise innerhalb der Erwerbsbevölkerung sehr unterschiedlich. Es zeigt sich klar, dass Geringverdiener\*innen zunehmend von starken Einkommensrückgängen betroffen sind. Haushalte mit einem Einkommen von rund CHF 4'000.– leiden unter einem Einkommensrückgang von ca. 20%, wogegen Haushalte mit einem grösseren Einkommen von kleineren Einkommensverlusten betroffen sind. So hat ein tiefes Einkommen, das bei einem Kurzarbeitsbezug um 20% gesenkt wird, für die entsprechende Einzelperson oder Familie ungleich grössere Konsequenzen auf die Bestreitung des Lebensunterhalts. Hinzu kommt, dass die notwendigen Nebenjobs (Zuverdienste), welche finanziell schwachen Familien normalerweise helfen über die Runden zu kommen in der Corona-Krise als erstes gestrichen wurden.

Die Corona-Krise und deren Bewältigung macht Lücken im sozialen Netz sichtbar. Neben der Bewältigung der finanziellen Situation nehmen Existenzängste und psychischer Druck zu. Menschen werden durch die Corona-Krise ohne eigenes Verschulden in die Armut oder in eine Verschuldungssituation gedrängt. Bund und Kantone müssen neben den Abfederungsmassnahmen für die Wirtschaft diese Lücken im sozialen Netz schliessen. Der Interpellant möchte deshalb gerne von der Regierung wissen.

1. Wie wird die Auswirkung der Corona-Krise auf sozioökonomisch schwache Menschen in unserem Kanton eingeschätzt? Wo sieht der Regierungsrat Lücken im sozialen Netz?
2. Welche Massnahmen fasst der Kanton ins Auge, um die Lücken im sozialen Netz für Geringverdienende – neben den bisherigen Massnahmen für Unternehmen – zu schliessen?
3. Was hält der Regierungsrat von folgenden Massnahmen:
  - a. Die Krankenkassen-Prämienverbilligungsbeiträge temporär für zwei Jahre stark zu erhöhen?
  - b. Eine Kurzarbeitsentschädigung von 100% für Löhne bis CHF 4000.– über Kantonsmittel zu gewährleisten?
  - c. Eine Erhöhung der ALV – Taggelder für Tiefstlöhne einzurichten?
  - d. Sich für einen Zugang zu Erwerbersatz für Menschen mit unregelmässigen und atypischen Einkommen einzusetzen?



Sozialdemokratische Partei  
Basel-Stadt

- e. Für Haushalte und Einzelpersonen, deren Einkommen unter dem Niveau liegt, das zu Ergänzungsleistungen berechtigt, zielgerichtet und unbürokratisch Direktzahlungen einzurichten?
- f. Sozialhilfeleistungen von der Aufenthaltsbewilligung zu entkoppeln?

Thomas Gander

### **Interpellation Psychosoziale Auswirkungen**

In der Corona-Krise wurden (und werden noch immer) Massnahmen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit ergriffen mit tiefgreifenden Veränderungen des Alltags und des gesellschaftlichen Zusammenlebens (Bass-Studie, BAG, November 2020). Dies bedeutet eine besondere Herausforderung für die psychische Gesundheit. Während der Corona-Pandemie – und auch über die Schutzmassnahmen andauernd – verändern sich die Stressoren wie finanzielle Belastungen, Einsamkeit, familiäre Konflikte und viele mehr. Und die Schutzfaktoren nehmen ab, bewährte Strategien zur Stressbewältigung sind zurzeit nicht mehr möglich – beispielsweise der Austausch im Freundeskreis.

Es gibt bereits erste Hinweise, dass bereits vor der Pandemie gefährdete Personen besonders von dieser Krise betroffen sind, da einerseits die Stressoren höher sind, und die verfügbaren Ressourcen diese zu bewältigen stark eingeschränkt sind. Die Studie zeigt aber bereits heute, dass gerade auch junge Menschen von den Auswirkungen stärker betroffen sind.

Im Rahmen des nationalen Aktionstages vom BAG wird am 10. Dezember 2020 zu diesem Thema «darüber reden. Hilfe finden» sensibilisiert und informiert.

Die Interpellantin bitten den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie schätzt der Kanton die psychische Gesundheit der Bevölkerung im Kanton Basel-Stadt ein? Welche Gefahren sieht er während dieser herausfordernden Corona-Pandemie (in Bezug auf die psychische Gesundheit)?
2. In welcher Form beteiligt sich der Kanton am nationalen Aktionstag vom 10. Dezember 2020?
3. Plant der Kanton eigens eine Sensibilisierungs- und Präventionskampagne (Primärprävention)? Falls nicht, welche Massnahmen ergreift er, um die psychische Gesundheit der Bevölkerung zu stärken?
4. Welche Massnahmen ergreift der Kanton, um besonders benachteiligte Personen und Risikogruppen zu erreichen (Sekundärprävention)?
5. Welche Massnahmen zur Förderung der psychischen Gesundheit bei jungen Personen ergreift der Kanton?

Sarah Wyss